

# Kroll: Jetzt auch B 212n neu aufrollen!

## STRAßENPLANUNG II Lob von Twietmeyer

**GANDERKESEE/DELMENHORST/KK** – Mit dem „Nein“ des Landes Niedersachsen zur Umgehungsstraße für Delmenhorst wackeln auch die Pläne für die B 212neu/Südvariante. Davon ist Uwe Kroll, Sprecher der IG B 212neu, überzeugt. Das Bundesverkehrsministerium habe klar gesagt, dass beide Straßenbauprojekte als Paket zu sehen seien – und die B 212neu nur gemeinsam mit der Umgehungsstraße funktionieren.

Wenn jetzt die Umgehungsstraße vom Land Niedersachsen abgelehnt wird, „wäre es konsequent, auch das Raumordnungsverfahren für die B 212neu neu aufzurollen“. Statt der bislang favorisierten Südvariante müsse für den Abschnitt von Harmenhausen bis zur A 281 eine Lösung gesucht werden, die die Stadt Delmenhorst nicht zu stark mit Verkehr belastet und die gleichzeitig ohne eine Umgehungsstraße auskommt.

Mit großer Erleichterung reagierte Hinnerk Twietmeyer, Vorsitzender des Bürgervereins Heide-Schönemoor, auf die Nachricht aus Hannover. „Ich freue mich, dass die Landtagsabgeordneten und Herr Bode Wort gehalten haben“. Das verdiente Anerkennung. Er hoffe, dass auf Bundesebene nicht noch ein Weg gefunden werde, die Umgehungsstraße Delmenhorst „an uns allen vorbei doch durchzuziehen“.

Kritik äußerte Twietmeyer an der Gemeinde Ganderkesee. Wenn er nach den Motivationen für das bisherige Verhalten der Gemeinde zum Beispiel zur B 212neu oder zum Klagefonds gefragt habe, sei jeweils nur auf Ratsbeschlüsse verwiesen worden. „Wir wollen als mündige Bürger ernst genommen werden und eine vernünftige Erklärung haben“, sagte Twietmeyer.

NWZ Ganderkesee 15.12.12

# Land streicht Umgehungsstraße von der Vorschlagsliste

## STRAßENPLANUNG Umfahrung von Delmenhorst wird nicht als Projekt angemeldet – Gerken-Klaas: Auftrag zurücknehmen

Der Beschluss des Landeskabinetts löst in Ganderkesee Befriedigung aus. Jetzt richtet sich der Blick auf das Bundesverkehrsministerium.

VON HERGEN SCHELLING

**GANDERKESEE/HANNOVER** – 241 Projekte meldet das Land Niedersachsen für den Bundesverkehrswegebau an – aber nicht die umstrittene Delmenhorster Ortsumgehung über Ganderkeseeer Gemeindegemarkung. „Damit wird ein wichtiges Signal gesetzt“, kommentiert FDP-Landtagsfraktionschef Christian Dürr (Ganderkesee) die Kabinettsentscheidung vom Dienstagvormittag. Von einem „klugen Beschluss“ spricht sein CDU-Landtagskollege Ansgar Focke (ebenfalls Ganderkesee).

Begrüßt wird die Entscheidung der Landesregierung auch von Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas: „Damit hat Wirtschaftsminister Jörg Bode sein Wort gehalten“, lobt sie und bedankt sich ausdrücklich bei Dürr und Focke, die in

dieser Angelegenheit „stets fest an der Seite der Gemeinde Ganderkesee“ gestanden hätten. Jetzt gelte es, so Gerken-Klaas weiter, den Bundesverkehrsminister zu bewegen, das Vorhaben einer Ortsumfahrung nicht aus eigener Initiative in den Bundesverkehrswegebau aufzunehmen. „Zudem muss der Planungsauftrag an die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zurückgenommen werden“, fordert die Bürgermeisterin.

Mit diesem Auftrag hatte das Bundesverkehrsministerium Anfang 2011 den Konflikt um die sogenannte „Entwicklungssache“ neu angeheizt: Wegen der Verkehrsprobleme, die nach Fertigstellung der B 212neu auf die Stadt Delmenhorst zukommen, sei eine Umgehungsstraße „die einzig geeignete Lösung“, hatte der Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU)

nach vor wenigen Wochen bekräftigt. Und dass diese Lösung im Westen Delmenhorsts, also auf Ganderkeseeer Gebiet, verwirklicht werden sollte, schien nach jüngsten Äußerungen aus Berlin schon ausgemachte Sache zu sein.

Erst wenn das Berliner Verkehrsministerium einen Rückzieher macht, ist für Alice Gerken-Klaas sichergestellt, „dass dieses unsinnige Straßenbauvorhaben ein für alle Mal vom Tisch ist.“ Ansgar Focke nimmt die regionalen Bundestagsabgeordneten Holger Ortel (Delmenhorst) und Angelika Brunkhorst (Wohld) in die Pflicht: Er gehe davon aus, dass sich beide „dem niedersächsischen Beschluss anschließen werden“, erklärt der CDU-Politiker.

Christian Dürr bezweifelt, dass das Verkehrsministerium die Umfahrung Delmenhorsts nun trotzdem noch in den Bundesverkehrswegebau aufnimmt. Und selbst wenn, stelle sich die Frage, „ob die Bundestagsabgeordneten bereit wären, Geld für ein Projekt auszugeben, das keiner will.“ Im übrigen sieht der FDP-Politiker nun das Land Bremen gefordert: Die „Anti-Straßenpolitik“ der dortigen rot-grünen Landesregierung dürfe nicht zu einer Belastung des Umlandes führen. Dürr: „Bremen muss endlich die Lücke bei der A 281 in Richtung A 1 schließen.“

NWZ Ganderkesee 15.12.12